

Bis in die Weite des Ostens

EUROPA Die EU feiert ihren 50. Geburtstag. Vollendet ist die Union noch lange nicht. Wo liegen ihre Grenzen?



Wachsam: Polnische Beamte auf Patrouille an der Grenze zur Ukraine, dort wo die EU noch endet.

FOTO: ANDREAS BASTIAN/CARO

Von Gregor Schöllgen

Wo endet Europa? Am Bug? Am Dnjepr? Am Don? An der Wolga? Es ist erstaunlich, dass sich diese Frage nur mit Blick auf die östliche Grenze des alten Kontinents stellt. Die Atlantikküste bildet eine natürliche westliche Begrenzung; im Norden gestalten Grönland, Island, Spitzbergen oder auch Großbritannien die Lage schon komplizierter; und im Süden sind es gerade einmal zwei schmale Wasserstreifen – die Straße von Gibraltar und die Meerengen von Bosphorus und Dardanellen –, die Europas geografische Grenzen markieren.

Und dennoch ist die Lage hier eindeutig: Alles, was innerhalb dieser Meeresgrenzen liegt, gehört zu Europa. Alles jenseits dieser Begrenzung Liegende nicht. Auch nicht die Türkei. Was sonst auch immer für ihre Mitgliedschaft in der Europäischen Union sprechen mag, in ihrem geografischen Anker westlich der Meerengen haben jedenfalls nicht einmal die Türken eine Legitimation gesucht.

Anders im Osten. Hier gibt es keine vergleichbar eindeutige Grenze. Kein Wunder, dass Ostmittel- und Osteuropa zu den konfliktrichtigsten Regionen der europäischen Geschichte gehört haben. Gewiss mussten auch andere Teile des alten Europa, musste vor allem das zentral gelegene Deutschland im Laufe der Geschichte immer wieder erfahren, was es bedeutet, Schlachtfeld und Durchmarschgebiet fremder Truppen zu sein. Aber das Schicksal namentlich Polens ist ihm doch erspart geblieben.

Es gibt viele Gründe, warum die staatliche Existenz Finnlands, der baltischen Staaten und Moldawiens, Weißrusslands und der Ukraine, vor allem aber Polens immer wieder infrage gestellt worden ist. Einer der wichtigsten ist wohl in dem jahrhundertelangen Versuch Russlands zu sehen, seine europäische Grenze so weit wie möglich nach Westen zu verlegen oder doch zu

mindest westlich dieser Grenze möglichst viele Gebiete unter seine direkte oder indirekte Kontrolle zu bekommen. In der Zeit des Kalten Krieges war sogar einer der beiden deutschen Teilstaaten, die DDR, davon betroffen.

Dass dem nicht nur ein nacktes Expansionsstreben zugrunde lag, dass gerade im 20. Jahrhundert hinter diesem Drang Moskaus nach Westen auch der Wille stand, Beutebeziehungsweise Vernichtungsfeldzügen wie den beiden deutschen von 1914 und 1941 ein für all Mal einen Riegel vorzuschieben, ist wohl wahr. Den Nachbarn Russlands half diese Erklärung wenig. Hier setzte man auf den eigenen Behauptungswillen – und auf Europa. In diesem Europa wurde die KSZE, nachdem sie 1975 installiert worden war, ein Instrument zum Management des Kalten Krieges.

Im Übrigen ging die KSZE (die spätere OSZE) auf eine sowjetische Idee aus den Dreißigerjahren zurück. Stalins damaliger Außenminister Maxim M. Litwinow hatte ein kollektives europäisches Sicherheitssystem ins Gespräch gebracht, um die im Innern von Krisen geschüttelte Sowjetunion vor Übergriffen aus dem Westen zu schützen. So gesehen überraschte es nicht, dass Litwinows Nachfolger schon bald nach Ende des zweiten Weltkrieges den Vorschlag erneut auf den Verhandlungstisch legten. Die KSZE war und blieb ein sowjetischer Versuch, den durch diesen Krieg geschaffenen Status quo und mit ihm den sowjetischen Machtbereich in Europa auch von den weltpolitischen Gegnern festschreiben zu lassen. So gesehen, hatte sie keine über das Ende der Sowjetunion hinausgehende Perspektive.

Anders das integrierte Europa, die Europäischen Gemeinschaften, wie sie

sich seit 1967 nannten. Sie hatten stets eine doppelte Perspektive – einmal die einer Intensivierung der Zusammenarbeit, unter anderem auf dem Feld der Außen- und Sicherheitspolitik, und dann ihre Erweiterung um neue Mitglieder. Für die Staaten östlich des Eisernen Vorhangs, also zum Beispiel Bulgarien, Rumänien, Ungarn oder die Tschechoslowakei, blieb die Tür des integrierten Europa freilich lange verschlossen. Allerdings hatten Männer wie Charles de Gaulle und Konrad Adenauer, die zum Urgestein des integrierten Europa zählen, nie einen Zweifel, dass Länder wie Polen den Europäischen Gemeinschaften beitreten müssten, sollten die Umstände es einmal zulassen. Die Implosion der Sowjetunion und ihres Imperiums sorgten für diese



Gregor Schöllgen zählt zu den bekanntesten deutschen Historikern. Er lehrt Neuere Geschichte in Erlangen.

FOTO: UNI ERLANGEN

Umstände. Heute sind sogar die Beitritte der Nachfolgestaaten Jugoslawiens letztlich eine Frage der Zeit, denn wer wollte bezweifeln, dass Kroatien und Bosnien, Serbien und Montenegro zu Europa gehören?

Wo aber endet dieses Europa? Wie steht es mit Weißrussland oder der Ukraine? Der Schlüssel für die Antwort liegt in Russland. Sowenig jemand auf die Idee käme, Wladiwostok oder Petropawlowsk als europäische Städte zu betrachten, sowenig würde man doch den Status Sankt Petersburgs oder Moskaus als europäische Metropolen infrage stellen. Nein, der westliche Teil des eurasischen Riesen gehört ohne Zweifel zu Europa – in historischer, geografischer oder auch kultureller Hinsicht ebenso wie in politischer oder wirtschaftlicher.

Natürlich ließe sich Russland, so es das überhaupt wollte, schon deshalb nicht in die Europäische Union integrieren, weil es diese – auch, aber nicht nur wegen seiner asiatischen Dimensi-

on – sprengen müsste. Aber die Europäer wären schlecht beraten, wenn sie nicht alles täten, um das Land so eng wie möglich an sich zu binden. Dafür sprechen nicht nur Russlands gewaltige natürliche Ressourcen sowie wirtschaftliche Gründe im weitesten Sinne, sondern auch die Aussicht, auf diese Weise Einfluss auf die politische Entwicklung des Landes zu nehmen.

Für eine solche enge Anbindung Russlands an das integrierte Europa spricht aber vor allem dessen historisch begründetes, ausgeprägtes Sicherheitsbedürfnis. Die Osterweiterung der Nato, amerikanische Militärstützpunkte in Ungarn und Rumänien, die im Zusammenhang mit dem amerikanischen Raketenabwehrsystem geplanten Abschuss- und Radaranlagen in Polen und der Tschechischen Republik müssen in Russland auch dann zu Reaktionen führen, wenn sie aus Sicht der Europäer nicht in erster Linie gegen dieses Land gerichtet sind.

Putins rhetorische Offensive auf der diesjährigen Münchner Sicherheitskonferenz war wohlkalkuliert und bekräftigte eine Lehre der Geschichte: Je isolierter Russland in Europa ist, umso stärker sein Drang nach Westen – und umgekehrt. Auch deshalb kommt dem hierzulande gerne unterschätzten Verhältnis Europas zu Weißrussland und der Ukraine eine Schlüsselrolle zu – für seine westlichen wie für seinen östlichen Nachbarn.

Der brisante Gas- und Ölkonflikt zwischen Russland und seinen beiden westlichen Nachbarn zeigt, was hier auf dem Spiel steht. Eine feste Integration Weißrusslands und der Ukraine in die Europäische Union kommt, wie die Dinge heute liegen, nicht in Betracht – von der Nato gar nicht zu reden. Gefordert sind neue Formen der Kooperation und der bedingten Integration, die den spezifischen politischen, wirtschaftlichen oder auch historischen Umständen dieses Raumes Rechnung tragen. Sind sie gefunden, ist auch die Frage, wo Europa endet, zu den Akten gelegt.